



FÜR FAIRES WIRTSCHAFTEN. RESSOURCEN- VERSCHWENDUNG STOPPEN!

DARUM GEHT'S: Die Erde wird übernutzt – dem Wachstum sei Dank

Um auf der Erde zu überleben, müssen wir Menschen dringend unsere **natürlichen Lebensgrundlagen erhalten**. Die für uns lebenswichtigen Ressourcen werden jedoch weltweit in einem immer schnelleren Tempo ausgebeutet und zerstört. Das Problem ist, dass unser Wirtschafts-, Finanz- und Handelssystem in erster Linie **auf Wachstum ausgerichtet** ist. Die natürlichen Ressourcen der Erde – Wälder, Wasser, Böden und die Luft – sind jedoch begrenzt, und so führt ein ständiges Wachstum zwangsläufig in eine Sackgasse.

Die Ausbeutung und Zerstörung von Ressourcen wird politisch kräftig unterstützt. So fließen laut Umweltbundesamt allein in Deutschland jährlich mehr als **57 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen** zum Beispiel in Kohlekraftwerke oder in den klimaschädlichen Flugverkehr. Gleichzeitig wird durch eine an Konzerninteressen ausgerichtete Handelspolitik und entsprechende Abkommen wie TTIP und CETA versucht, **bestehende Umweltschutz-Standards auszuhebeln**.

SO GEHT'S NICHT: Schwarz-Rot schaltet bei Ressourcenschutz auf stur

Die aktuelle Bundesregierung ist eine treibende Kraft hinter dem TTIP- und dem CETA-Freihandelsabkommen. Sie verspricht sich eine **weitere Steigerung der deutschen Exportquote** und des **Wirtschaftswachstums**. Erst nach massiven Protesten auch des BUND gegen geheime Verhandlungen, undemokratische Schiedsgerichte und gefährdete Umweltschutz-, Sozial- und Verbraucherschutz-Standards gab es Korrekturen durch den damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel: allerdings **kosmetischer Art**. Das erreichte Mehr an Öffentlichkeit bei Handelsgesprächen wird inzwischen sogar wieder **eingedämmt**, z.B. bei den begonnenen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Japan.

Auch die 2016 neu überarbeitete **deutsche Nachhaltigkeitsstrategie** offenbart, dass die Bundesregierung dem Wirtschaftswachstum weiter Vorrang vor dem Umweltschutz gibt. Flächenverbrauch stoppen, Stickstoffüberschüsse reduzieren, den Ökolandbau ausbauen? Diese zentralen Ziele zum Schutz von Umwelt und Ressourcen sind hier **nicht weitreichend genug formuliert**.

Immerhin hat die Bundesregierung beschlossen, ein bereits bestehendes „**Ressourceneffizienzprogramm**“ weiterzuführen. Mithilfe des Programms sollen unter anderem **weniger Ressourcen** für Produkte und den Konsum eingesetzt sowie **Rohstoffe besser wiederverwertet** werden (Kreislaufwirtschaft). Leider bleibt das Programm bei der Frage stehen, wie Produkte effizienter produziert werden können, statt zu diskutieren, ob man bestimmte Güter überhaupt braucht (etwa SUVs). Im Unklaren lässt die Bundesregierung zudem, wie genau sie die Kreislaufwirtschaft ausbauen will.



SO GEHT'S: Das wird die nächste Bundesregierung tun

Angesichts der **begrenzten natürlichen Ressourcen**, des Klimawandels und des **drohenden Artenverlusts** gibt es für die künftige Bundesregierung Folgendes zu tun:

Sie stellt alle Subventionen auf den Prüfstand und **streicht umgehend alle umweltschädlichen Subventionen**, beginnend mit den Vergünstigungen für Dieselmotoren, Dienstwagen und den Flugverkehr.

Die Bundesregierung **ratifiziert das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA nicht** und **beendet die Verhandlungen zum Investitionsabkommen TTIP** endgültig. Stattdessen setzt sie sich in der EU und weltweit für eine Handels- und Entwicklungspolitik ein, die eine **sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung fördert**.

Die künftige Bundesregierung schreibt **reparaturfreundliches, recyclinggerechtes Produktdesign** in **nationale Gesetze verbindlich** fest. Sie **erleichtert die Reparatur von Geräten**, z.B. durch eine garantierte Ersatzteillieferung durch den Hersteller für eine festgesetzte Lebensdauer des Produkts und durch eine reduzierte Mehrwertsteuer für Reparaturbetriebe.

Und nicht zuletzt schärft die neue Bundesregierung ihre Nachhaltigkeitsziele für 2030 deutlich und unterlegt sie mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen. Der neue politische Leitgedanke: **die Beachtung der Grenzen des Wachstums und eine absolute Reduktion unseres Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauchs**.

Mehr Informationen:
www.bund.net/bundestagswahl